

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 26.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 86 bis 88 einfügen:

sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder Rüstungsexporten, die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. **Das Pariser Klimaabkommen und die Agenda 2030 bilden zusammen gute Grundlagen, um Synergien zwischen den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu schaffen und die Transformation sektorenübergreifend für alle Ebenen zu denken.** Wir wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und einen

Begründung

Es fehlt im Programm bisher eine systematische Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, auch wenn Verweise darauf im Entwurf häufiger auftauchen als dass im Grundsatzprogramm bisher zu finden ist. Eine noch deutlichere strategische Ausrichtung aller Politikfelder entlang der UN-Ziele wäre eine sehr gute Richtschnur für die angestrebte sozial-ökologische Transformation in unserem Wahlprogramm.

Worin die politische Qualität der UN-Nachhaltigkeitsziele besteht, ist nirgendwo im Programm ausgeführt (sozial, wirtschaftlich und ökologisch integrierend, sektorübergreifend, alle Ebenen und Politikfelder betreffend). Mit den vorgeschlagenen Änderungen wäre dem abgeholfen. Eigentlich wäre eine solche Formulierung viel weiter vorne im Programmentwurf sinnvoller, aber unter der Zielsetzung der Minimierung von Änderungswünschen in einem im Großen und Ganzen schon sehr guten Programm wäre die hier beantragte Änderung eine akzeptable Lösung. Die vorgeschlagenen Formulierungen stammen übrigens aus Anträge der GRÜNEN im Bundestag.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hier im Programm zu nennen, macht den Hebel sichtbar, über den eine solche Politik sektorübergreifend steuerbar ist. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als Instrument der strategischen Ausrichtung von Politik ist etabliert, es gibt Indikatoren für die Erfolgsmessung, es gehört – ausweislich der Regierungswebseite – auch eine Gesetzesfolgenabschätzung zum Nachhaltigkeitsmanagement dazu. Die Strategie ist bisher aber im politischen Geschäft wenig wirksam und müsste deutlich ambitionierter aufgestellt und konsequenter umgesetzt werden.